



Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2021/4258-68	
Federführend: 68 Amt für Verkehrsplanung	Status: öffentlich	
Beteiligt: 5 Radverkehrsbeauftragte/r 31 Straßenverkehrsamt	Aktenzeichen: Datum: 23.04.2021 Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp	
Lückenschluss City-Route-8		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
11.05.2021	Mobilitätssenat	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

Im Mobilitätssenat am 07.07.2020 wurde unter TOP „Fahrradstadt Bamberg“ Ziffer 6 folgendes beschlossen:

„Der Mobilitätssenat beauftragt die Verwaltung die Planungen für den Radfahrstreifen Peuntstraße stadteinwärts (Abschnitt Egelseestraße bis Trimbergstraße) mit dem Bürgerverein, den Anwohnenden und den Verkehrsverbänden zu besprechen und erneut zu berichten. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, weitere Gespräche mit dem Finanzamt / dem Freistaat Bayern zu führen mit der Zielsetzung, den Finanzamtparkplatz nach Geschäftsschluss und nachts (bis 7.00 Uhr) sowie an Wochenenden möglichst komplett als Anwohnerparkplatz zur Verfügung zu stellen.“

Die Planungsunterlagen entsprechen denen vom Mobilitätssenat am 07.07.2020 (**Anlage01-04**).

Die Verwaltung hat sich entsprechend des Beschlusses in ein ausführliches Beteiligungsverfahren begeben.

Im Folgenden sind die Ergebnisse dargestellt:

Stellungnahme Bürgerverein Wunderburg (Anlage 05)

Stellungnahme Bürgerverein St. Gangolf (Anlage 06)

Stellungnahme CSU Ortsverband Wunderburg Gereuth (Anlage 07 und 08)

Stellungnahme VCD (Anlage 09)

Stellungnahme ADFC (Anlage 10)

Stellungnahme Bürgerinitiative Bamberg.Gemeinsam.Mobil (Anlage 11)

Stellungnahme ADAC (Zusammenfassung eines Telefongesprächs, keine schriftliche Stellungnahme eingegangen):

Die Verlegung der Haltestelle am Marienplatz auf Höhe der Grünfläche wird positiv bewertet, allerdings sollte dort eine durchgezogene Linie markiert werden um Überholen zu vermeiden. Das Verhältnis von „normalen“ (Dauer-)stellplätzen zu Lizenzparkplätzen sei allerdings nicht mehr stimmig.

Stellungnahme Graf-Stauffenberg-Realschule:

„Die Graf-Stauffenberg-Realschule hält die Maßnahme für sehr sinnvoll, da sie sicherlich zur größeren Sicherheit der Radfahrenden Verkehrsteilnehmer beiträgt.“

Stellungnahme Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule:

„Von unserer Schulseite aus unterstützen wir Ihr Anliegen in vollem Umfang. Vor allem die Neuanlegung eines Radweges stadteinwärts führt zu einer höheren Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.“

Stellungnahme Eichendorff-Gymnasium:

„Für die Schüler und Schülerinnen wäre eine eigene Fahrradspur sehr von Vorteil und würde zur Sicherheit der Fahrradfahrer bei dieser Verkehrsführung beitragen. Ich bin da auch nicht ganz uneigennützig, da dies auch mein Schulweg ist und ich die Verkehrssituation zu verschiedenen Tageszeiten gut einschätzen kann.“

Seitens des Elternbeirats ging folgende Stellungnahme ein:

„Als Elternbeirat des Eichendorff- Gymnasiums befürworten wir den Ausbau des Radweges zwischen Pfisterberg und Marienbrücke sehr. Das wurde höchste Zeit!

Nicht ideal finden wir den doch recht engen Abschnitt im Bereich der Peuntstraße von Gertraudenstrasse bis Trimbergstrasse und den Parkplätzen zwischen Radweg und Bürgersteig. Für den weiteren Verlauf Richtung Marienbrücke würden wir uns wünschen, nach der Bushaltestelle den Radweg auf den Bürgersteig zu legen. Der scheint dort breit genug und die Autofahrer wären auch nicht behindert.

Vielen Dank, dass Sie unsere Meinung hören!“

Stellungnahme Franz-Ludwig-Gymnasium:

„Ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie durch Ihr Vorhaben, den Radweg in der Peuntstrasse zu erweitern, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit unserer Schülerinnen und Schüler beitragen!

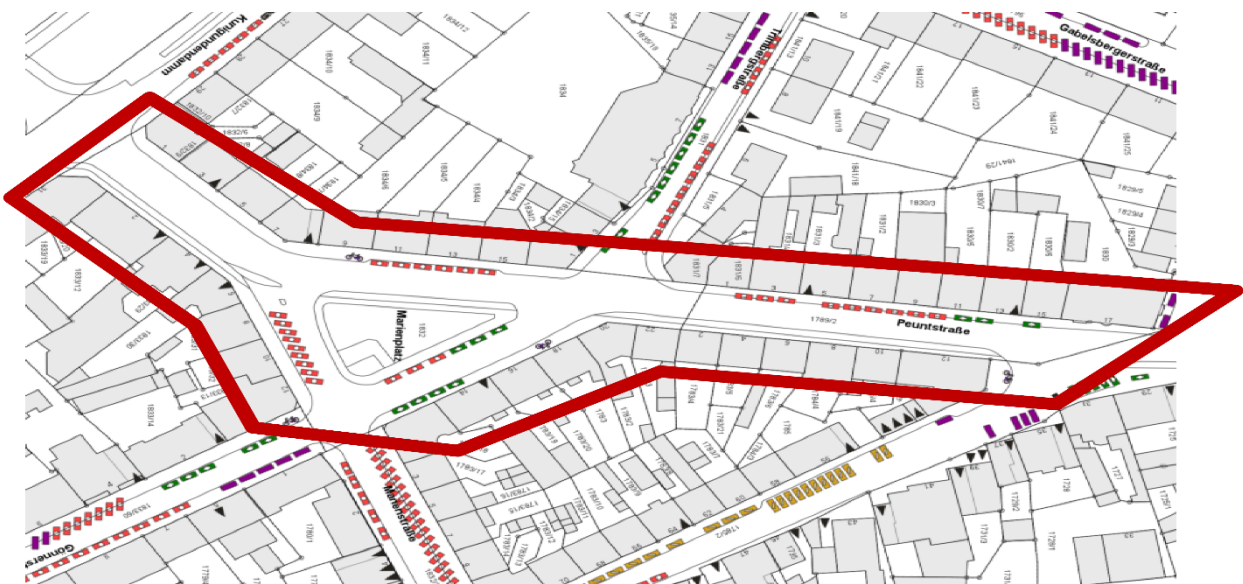
Auch wir schätzen diese Stelle als besonders gefährlich für Fahrradfahrer ein, da diese beim Überholen der parkenden Autos sonst den Autos zu nahe kämen.

Bei einer Begehung vor Ort konnte ich mich davon überzeugen.

Zudem haben auch einige Kollegen an unserer Schule die Gefährdung für Fahrradfahrer an dieser Stelle bestätigen können.

Wir sind deshalb mit Ihrem Vorhaben völlig einverstanden und haben diesbezüglich auch keine weiteren Wünsche.“

In einer weiteren Beteiligung sind Einwurfschreiben an Anwohner:innen/Anlieger:innen im entsprechenden Abschnitt der Peuntstraße und im Umgriff Marienplatz verteilt worden. Die folgende Karte zeigt das gewählte Gebiet:



Die Anwohner hatten die Möglichkeit per Brief, E-Mail oder telefonisch eine Rückmeldung zu der Planung zu geben. Insgesamt sind 17 schriftliche (E-Mail) und 11 telefonische Rückmeldungen im Zeitraum vom 12.03.-29.04.2021 eingegangen (insgesamt 28 von ca. 200 möglichen Rückmeldungen). Im Folgenden werden die Stellungnahmen in einer Pro- und Contra Liste zusammengefasst.

Positive Aspekte der Planung	Negative Aspekte der Planung	Verbesserungsvorschläge
- Grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Planung (7)	- Lage der Bushaltestelle (ungünstig, laut, Geruchsbelästigung, Busse lassen die Wände vibrieren) (13)	- Verbesserung der Fahrbahn (Fahrbahnschäden) (3)
- Positiv für die Sicherheit (Dooring, Abstand beim Überholen) und Umwelt (5)	- wegfallende Parkplätze, Parkplatzmangel (13)	- Schaffung von neuen Parkplätzen, nicht nur Umnutzung von Dauerstellplätzen zu Bewohnerparkplätzen (2)
- Besserer Standort der Bushaltestelle	- Anwohner hätten eher informiert werden müssen (8)	- vorhandenen Radweg (auf gegenüberliegender Seite) für beidseitigen Radverkehr nutzen (2)
- Sicherheit ist wichtiger als ein paar Parkplätze	- Möglichkeit, Einkäufe auszuladen, entfällt (6)	- Mehr Geschwindigkeitsmessungen (oder dauerhafter Blitzer) → Wegfall Parkplätze wird als Rennstrecke missverstanden (2)
	- fehlende Besucherparkplätze (5)	- Radweg über Umgehung durch Dr.-von-Schmitt-Straße
	- Beengte Fahrbahn wird noch enger (Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer) (4)	- Radfahrstreifen soll so viel wie möglich in „rot“ markiert werden
	- Bedürfnisse älterer Menschen werden nicht berücksichtigt (3)	- Finanzamt und Berufsschule sollen Parkplätze zur Verfügung stellen
	- Befürchtung von Verkehrsstau (3)	
	- Parken in zweiter Reihe (Verkehrsbehinderung, gefährliche Situationen) (2)	
	- Breite Radfahrstreifen zu gering	
	- zu wenig Stellplätze für Menschen mit Behinderung	

(Werte in Klammern beschreiben die Anzahl bei Mehrfachnennung)

Der Sachstand zum Finanzamtsparkplatz ist, dass die 14 Parkplätze oberhalb des Hofes in der Gabelsbergerstraße nur nach Geschäftsschluss bis 5:45 Uhr für Anwohner:innen und Besucher:innen zur Verfügung gestellt werden können. Erneute Versuche, die Zeiten bis 7:00 zu erweitern, haben keinen Erfolg verzeichnen können.

Allerdings konnte in Abstimmung mit dem Zweckverband Berufsschulen erreicht werden, dass die Parkplätze der Schulen bis 07:00 Uhr genutzt werden können.

Stellungnahme Finanzamt (Anlage 12).

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Bürgervereine dem Vorhaben sowohl wohlwollend als auch kritisch gegenüberstehen. Es wird gefordert, dass Parkplätze erhalten bleiben und es auch ein gewisses Maß an Besucher- bzw. Kurzzeitstellplätzen sowie Raum für Liefer- und Ladetätigkeiten gibt. Daneben wird die neue Lage der Bushaltestellen vom Bürgerverein Wunderburg kritisch gesehen. Generell ist jedoch gegen das Vorhaben seitens des Bürgervereins St. Gangolf nichts einzuwenden, 6 der 7 aufgeführten Punkte betreffen das Parken.

Der Ortsverband CSU Wunderburg Gereuth bittet darum, die angespannte Parkraumsituation zu berücksichtigen und sieht die Neuordnung der Bushaltestelle Egelseestraße als kritisch an, da Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine längere Wegstrecke überwinden müssen. Grundsätzlich befürwortet der Ortsverband den Ausbau der Radinfrastruktur in der Stadt.

Seitens der Bürgerinitiative Bamberg.Gemeinsam.Mobil wird die Verlegung der Bushaltestelle als positiv angesehen, sie sollte jedoch barrierefrei gestaltet sein. Probleme sieht die Bürgerinitiative bei der Verlegung der Parkplätze, da es zu einer Reduzierung der Gesamtanzahl an Parkmöglichkeiten kommt. Es wird seitens Bamberg.Gemeinsam.Mobil vorgeschlagen, in Kooperation mit dem Finanzamt eine mehrstöckige Quartiersgarage zu errichten.

Vom ADAC ging die Rückmeldung ein, dass die Verlegung der Bushaltestelle als positiv anzusehen ist. Allerdings sollte es an der Bushaltestelle eine durchgezogene Markierung geben, damit kein Überholen möglich ist. Kritisch wird angemerkt, dass das Verhältnis von normalen Dauerstellplätzen zu Lizenzparkplätzen nicht mehr stimmig ist.

Seitens der Verkehrsverbände ADFC und VCD wird die Planung sehr positiv aufgenommen. Es wird kritisch angemerkt, dass die Regelbreiten nach ERA nicht erreicht werden, dennoch überwiegen die positiven Seiten der Planung. Es entsteht eine höhere Verkehrssicherheit, da der Radverkehr nun auf seiner eigenen Spur getrennt vom MIV geführt wird. Zudem wird durch den Entfall der Parkplätze die Gefahr des „Doorings“ eliminiert. Der Verlust an Parkplätzen wird nicht als kritisch angesehen, da durch die Maßnahme der Radverkehr an Sicherheit in diesem Abschnitt gewinnt. Zudem ist davon auszugehen, dass der Radverkehrsanteil weiter zunimmt und der Kfz Verkehr reduziert wird. Somit sind keine wesentlichen Einschränkungen zu erwarten. Da der Streckenabschnitt eine Schulwegroute darstellt, ist dieser Gewinn an Sicherheit nochmals höher einzuordnen. Ebenso sehen die befragten Schulen die Planung als einen deutlichen Sicherheitsgewinn für Radfahrer:innen und Schüler:innen an, und äußern sich ihr einheitlich positiv gegenüber.

Von Anwohnerseite sind 28 von ca. 200 möglichen Rückmeldungen eingegangen. Für die Anwohner:innen stellt in erster Linie der Sicherheitsgewinn für die Radfahrer:innen das am stärksten vertretene positive Argument dar. Der Verlust der Parkplätze ist aus Sicht der Anwohner:innen das am häufigsten vertretene negative Argument. Dies umfasst in erster Linie Anwohner- und Kurzzeitstellplätze. Der Wunsch entsteht, dass die Parkplätze an anderer Stelle wiederhergestellt werden sollen. Genauso häufig wurde von Anwohner:innen und Eigentümer:innen vom Marienplatz 9-15 die Lage der neuen Bushaltestelle kritisiert. Die Belastungen durch Lärm, schlechter Luft und Fahrgäste, die sich direkt vor den Türen/Fenstern der Bewohner:innen aufhalten, sind in Augen der Bewohner:innen nicht hinnehmbar. Zudem sei durch die Erschütterungen der häufig an- und abfahrenden Busse die Gebäudesubstanz durch starke Vibrationen in Gefahr. Zur Erläuterung der Planung findet mit den Stadtwerken ein Ortstermin am 07.05.2021 statt.

Weitere Anregungen seitens der Anwohner:innen sind, dass die Geschwindigkeit öfter überwacht wird (ggfs. ein dauerhafter Blitzer eingerichtet wird) und, dass die Parkplätze des Finanzamts sowie der Berufsschule für Anwohner:innen und Besucher:innen mit freigegeben werden. Zumindest außerhalb der Geschäfts- bzw. Schulzeiten.

Zur Parkplatzproblematik nochmals ein Auszug aus dem Sitzungsvortrag des Mobilitätssenats vom 07.07.2020, Parkraumerhebung vom Februar 2020:

- Die Auslastung der Lizenz-/Mischparkplätze liegt tagsüber bei ca. 70% und nachts bei ca. 85%.

- Die wegfallenden 9 Lizenzstellplätze (+ 3 Parkscheibenstellplätze) aus der Peuntstraße und 6 Lizenzstellplätze am Marienplatz können im Lizenzgebiet O „Alte Berufsschule“ kompensiert werden (Dauerstellplätze abändern zu Lizenzparkplätzen in der Trimbergstraße, Gabelsbergerstraße oder am Kunigundendamm)

Bzgl. der Problematik Liefern/Laden weist das Straßenverkehrsamt darauf hin, dass es auf dem Straßenzug zwischen Egelseestraße und Marienbrücke nur noch eine Bushaltestelle geben wird, auf der – mit der Maßgabe, dass der ÖPNV nicht behindert wird- gehalten werden darf. Die aktuelle Rechtslage besagt, dass ein kurzes Anhalten möglich ist, um z.B. Beifahrer aus- oder einsteigen zu lassen, eine umfangreiche Be- oder Entladung des Fahrzeugs allerdings nicht zulässig ist. In der Gegenrichtung (von der Marienbrücke kommend) ist Laden und Liefern auf kleinen Teilstücken auf der Fahrbahn neben dem baulichen Radweg noch möglich (in den Bereichen, wo es keine Fahrspurenaufteilung gibt).

Aus Sicht der Verwaltung überwiegen die positiven Aspekte der Planung. Insbesondere die Erreichung von zusätzlichem Parkraum auf dem Gelände der Berufsschulen kann die Parksituation entspannen. Der Sicherheitsgewinn für den Radverkehr und die bequemere Erreichbarkeit der Bushaltestellen überwiegt die Nachteile der Planung.

II. Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen
2. Der Mobilitätssenat beschließt den Radfahrstreifen Peuntstraße stadteinwärts im Abschnitt Gertrauden- bis Trimbergstraße. Vor der Ausführung sollte mit den beteiligten Fachämtern nochmals geprüft werden, an welcher Stelle ggfs. weitere Ladezonen/Liefermöglichkeiten eingerichtet werden können.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

	1.	keine Kosten
x	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n:

Anlage01_FahrradstreifenMarienplatz
Anlage02_RadfahrestreifenPeuntstrasse

Anlage03_Ersatzstellplätze_Peuntstraße
Anlage04_Verlegung_Bushaltestelle
Anlage05_Stellungnahme Bürgerverein Wunderburg
Anlage06_Stellungnahme Bürgerverein St. Gangolf
Anlage07_Stellungnahme CSU Ortsverband Wunderburg Gereuth
Anlage08_Stellungnahme CSU Ortsverband Wunderburg Gereuth(2)
Anlage09_Stellungnahme VCD
Anlage10_Stellungnahme ADFC
Anlage11_Stellungnahme Bürgerinitiative Bamberg.Gemeinsam.Mobil
Anlage 12 _ Schreiben an die Berufsschulen II und III

Verteiler:

Referat 5

5 Radverkehrsbeauftragte

31 Straßenverkehrsamt

Referat 7

Fahrradstreifen Marienplatz

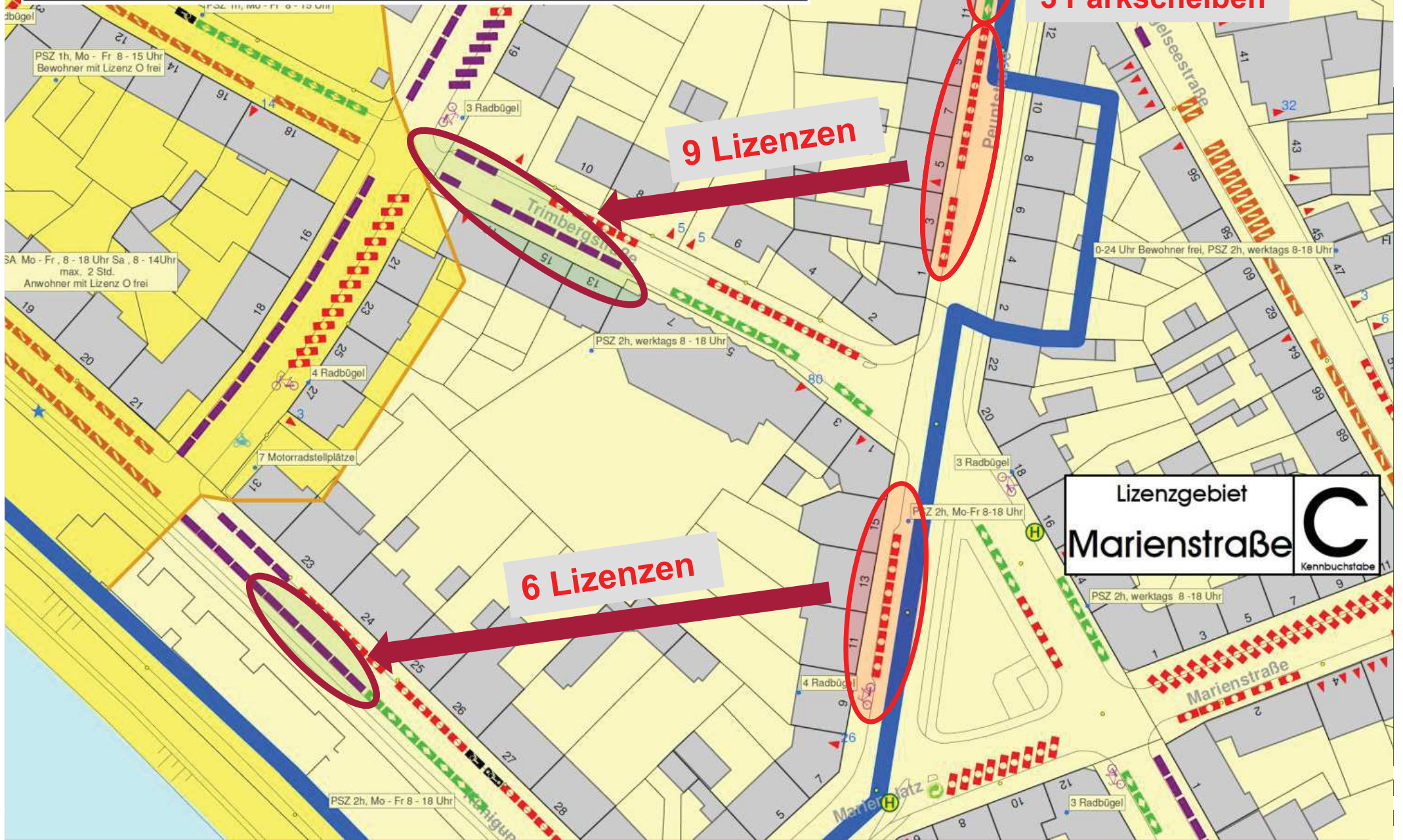


Radfahrstreifen Peuntstraße



Ersatzstellplätze Peuntstraße

Lizenzgebiet	Lizenz	Dauer	Parkschein	Parkscheibe	Mischnutzung	Beh.allg.	Summe Öffentlich	Beh.pers.	Privat	Summe gesamt	Fahrrad	Motorrad	Sonstige
Marienstraße	158	120	0	37	88	1	404	2	307	713	114	0	0
Alte Berufsschule	142	177	20	42	168	9	558	1	755	1314	156	7	6



Lizenzgebiet
Marienstraße **C**
 Kennbuchstabe

Gertraudenstraße



Peunzstraße



neu



neu



platz

Stellungnahme Bürgerverein Wunderburg:

„Zunächst geht es darum, ideologiefrei – und daran hapert es zur Zeit – die Gleichberechtigung aller (!) Verkehrsmittel festzustellen und auch auf die nächste Zeit aufgrund der wesentlichen Bedeutung des Automobils dieses Verkehrsmittel nicht zu vernachlässigen. Daher müssen Parkplätze erhalten bleiben und ein vernünftiges Miteinander gefunden werden.

Deswegen muss (!) der Verkehrsfluss in der Peuntstraße erhalten bleiben, unbeeinträchtigt von einer Bushaltestelle stadteinwärts. Dies gilt auch für den Fußgängerverkehr gerade älterer Mitbürger, die durch zusätzliche Querungen belastet werden, vgl. Apothekenbesuch. Daher plädieren wir für den Erhalt der Bushaltestelle Marienplatz vor der Apotheke.

Aufgrund der miserablen Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Gönnerstraße und Wunderburg können wir uns den Verlust weiterer Stellflächen mit der Verlagerung des Parkdrucks in andere Bereiche nicht leisten. Vielleicht sollte man über die Sinnhaftigkeit der Lizenzierung für die Parkraumbewirtschaftung generell zumindest einmal nachdenken.“

Stellungnahme Bürgerverein St. Gangolf:

- „1. Die Einrichtung eines Fahrradstreifens für die Peuntstraße wird für sinnvoll angesehen.

2. Die Verlegung der Bushaltestelle Richtung Stadt einwärts wird vom Bürgerverein Gangolf 2. Distrikt Bamberg e.V. für ok befunden und ist zu begrüßen.

3. Für das ansässige Gewerbe (Restaurants, Zahnarzt, Servicebetriebe, Apotheke, Friseur, Stempel Schmitt) werden in Laufnähe (auf für mobilitätseingeschränkte Personen) Kurzzeitparkplätze benötigt. Zum Beispiel auf den Anwohnerparkplätzen tagsüber eine Parkmöglichkeit von zwei Stunden mit Parkscheibe.

4. Wir fordern im Gebiet freie Besucherparkplätze, Tag und Nacht, verteilt auf das gesamte Gebiet. Zum Beispiel auch auf den Anwohnerparkplätzen tagsüber eine Parkmöglichkeit von zwei Stunden mit Parkscheibe.

5. Die zur Verfügung gestellten Parkplätze für die Abend- und Nachtstunden auf dem Gebiet der Berufsschule und des Finanzamtes werden für erstrebenswert gehalten.

6. Wir sehen Probleme in der Peuntstraße für Ladetätigkeiten der Bewohner (Wocheneinkauf), Geschäftsleuten, so wie eine geregelte Haltemöglichkeit für Handwerkerfahrzeuge (Material und Werkzeuge im Auto).

7. Für die Anwohner muss die Quote der zur Verfügung stehenden Anwohnerparkplätze einen ordentlichen Ablauf gewährleisten.“

Stellungnahme CSU Ortsverband Wunderburg Gereuth

Seitens des CSU Ortsverbands Wunderburg Gereuth wurde ein Schreiben mit folgendem Inhalt an die Verwaltung gerichtet:

„...nach den uns vorliegenden Informationen beabsichtigt das Amt für Verkehrsplanung der Stadt Bamberg in der Peuntstraße einen Radstreifen zu errichten und hierfür die entsprechenden Lizenzparkplätze zu verlegen/ zu streichen. Grundsätzlich befürwortet die CSU Wunderburg/ Gereuth den Ausbau der Radspuren in der Stadt Bamberg, möchte aber auf die derzeit schon desolate Parkraumsituation für Anwohner mahndend hinweisen.

Derzeit sind je lizenziertem Parkplatz 2,97 Parklizenzen ausgegeben [Quelle: Stadt Bamberg - Zulassungsstelle, Verkehrsbehörde, Führerscheinstelle]. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass durch die aktuelle Planung die Situation verschärft wird. Wir bitten Sie dies bei Ihrer Planung zu bedenken.

Die Verlegung der Bushaltestelle Egelseestraße sehen wir auch als kritisch an, da für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine längere Wegstrecke überwunden werden müsste. Gerade im Hinblick auf die Daseinsvorsorge sehen wir diesen Schritt als kontraproduktiv an. Eine Verlegung der Haltestelle Marienplatz sehen wir als unproblematisch an, sofern hierfür keine Bewohnerparkplätze aufgegeben werden würden.“

Stellungnahme CSU Ortsverband Wunderburg Gereuth (Eingang einer zweiten E-Mail):

„Wir begrüße im Grundsatz die Planung von sicheren Fahrradwegen, haben jedoch in diesem Fall einige Einwendungen:

Im Bereich des geplanten Fahrradweges werden Parkplätze verlegt, bzw. fallen ganz weg. Die Verlegung der Lizenzparkplätze an andere Standorte ist so nicht akzeptabel. Es fallen "freie" Parkplätze weg, welche für die Gewerbetreibenden (Apotheke, Steuerbüro, Friseur usw.), deren Kunden und Angestellten, sowie die Besucher der Anwohner oft die letzte Möglichkeit darstellen Ihr Auto abzustellen. In diesem Gebiet sind Parkplätze prinzipiell Mangelware. Das Gebiet ist hoffnungslos überlizensiert. Die Rechtmäßigkeit dieser hohen Lizenzierung ist prinzipiell zu hinterfragen.

Der Parkdruck in der Egelsee-, Gönnerstraße und im Bereich Marienplatz ist so hoch, daß wir uns den Verlust weiterer Stellflächen nicht mehr leisten können und wollen!

Die Bushaltestellen sind in diesem Bereich bisher für die Bürger sehr gut verteilt. Die geplante Umstellung/Verlegung der Haltestellen wird zum Wegfall einer Haltestelle führen.

Unabhängig hiervon wird dies, für ältere Mitbürger und Behinderte, zu einem starken Hindernis führen. Sie müssen, von der Wunderburg kommend, die stark befahrene Pointstraße im Bereich Marienplatz überqueren, um den Bus in die Innenstadt zu erreichen.

Die Überquerungshilfe für Blinde, an der Ampel, Kreuzung Marienbrücke/Kunigundendamm, ist seit längerem demontiert. Ihre Planung führt hier in diesem Zusammenhang zu einem unzumutbarem Hindernis für Sehbehinderte im Bereich Marienplatz.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Verlegung der Bushaltestellen ab.“

Stellungnahme VCD:

„Ausgangslage

Der Abschnitt ab der Pfisterstraße bis zum Marienplatz ist Teil einer wichtigen Mobilitätsachse zwischen Innenstadt und Bamberg Ost. Durch den erheblichen motorisierten Individualverkehr (MIV) in die und aus der Innenstadt besteht eine hohe Verkehrsbelastung. Mehrere Linien des Stadtbusverkehrs sind über diesen Abschnitt geführt. Als Teilstück der Cityroute 8 gehört der Abschnitt zum Rückgrat des städtischen Radverkehrsnetzes (siehe auch Plan Radverkehrsnetz von 2010) und ist für viele Radfahrerinnen und Radfahrer eine zentrale Verbindungsachse zwischen Bamberg Ost und der Innenstadt. Die Radverkehrsinfrastruktur entspricht an dieser Stelle aktuell nicht

diesen Anforderungen an eine Hauptverkehrsachse mit hohem Verkehrsaufkommen, da der Abschnitt

nicht durchgängig und sicher für den Radverkehr ausgebaut ist. Insbesondere in Richtung Innenstadt fehlen Radverkehrsanlagen am rechten Fahrbahnrand teilweise komplett und Radfahrerinnen und Radfahrer müssen sich stattdessen unmittelbar in den fließenden MIV einordnen. Dies wird auch bereits im Analysebericht für den Verkehrsentwicklungsplan erkannt: Der betreffende Abschnitt 133 ist ein eingeschränkt verträglicher Straßenraum. Die Radverkehrsinfrastruktur wird auf der Westseite als „fehlend“ bezeichnet, auf der Ostseite als „angemessen“. Wobei fraglich ist, warum der zu schmale

Radweg als angemessen bezeichnet werden kann, ist er doch nur 1,5 m breit anstelle der in der ERA angegebenen 2 m.

Gestaltung der Radverkehrsanlagen

Der VCD Bamberg begrüßt die Schaffung eines neuen Radfahrstreifens in südlicher Richtung. Gefordert wird dabei, dass die vorgesehenen Breiten des Radfahrstreifens und des bestehenden baulich angelegten Radwegs in nördlicher Richtung wo immer möglich den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen von 2010 (ERA) entsprechen, um die zu erwartende Steigerung des Verkehrsaufkommens im Umweltverbund um 50 % aufnehmen zu können. Breitere Radwege- oder streifen dürfen daher keinesfalls zulasten des Fußverkehrs gehen.

In den vorgelegten Unterlagen ist die Schaffung eines neuen, durch optische Markierungen deutlich abgetrennten Radfahrstreifens in südlicher Richtung geplant. An dieser Stelle befindet sich im Planungsabschnitt aktuell gar keine Radverkehrsanlage. Größere bauliche Veränderungen sind hierfür nicht vorgesehen, allerdings werden bestehende Parkplätze am Fahrbahnrand verlagert. Der Radfahrstreifen soll laut ERA eine Breite von ca. 1,85 m aufweisen. Aktuell bleibt die Planung mit 1,65 m leider hinter den ERA zurück.

Der bestehende, baulich angelegte Radweg in nördlicher Richtung bleibt in den Planungen der vorgelegten Unterlagen weitgehend unverändert. An einer Stelle wird eine Breite von lediglich 1,50 Metern erreicht. Damit bleibt die Planung leider hinter den ERA zurück, die eine Regelbreite von 2,00 Metern vorsieht. Diese Regelbreite sollte wo immer möglich eingerichtet werden.

Der neue Radfahrstreifen sorgt in jedem Fall für eine Verbesserung gegenüber dem IST-Zustand. Wegen der hohen Verkehrsbelastung der Peuntstraße, die auch viele Kinder und Jugendliche für den Schulweg nutzen, sowie der Bedeutung für das Radverkehrsnetz als Cityroute 8 ist die Herstellung von Radverkehrsanlagen auf beiden Seiten dringend erforderlich.

Verlagerung von Parkflächen

Der VCD Bamberg stellt fest, dass in der vorgelegten Planung die Verlagerung von Parkplätzen vorgesehen ist. Dies ist erforderlich, um den neuen Radfahrstreifen in südlicher Richtung einzurichten.

Die entsprechenden Ersatzparkplätze befinden sich in der näheren Umgebung. Dafür werden Dauerstellplätze in Lizenzparkplätze und Stellplätze mit Parkscheibenpflicht abgeändert. Angesichts der erwarteten Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs um etwa 30 % ist dadurch keine wesentliche Einschränkung zu erwarten. Hierzu gibt es seitens des VCD Bamberg keine Einwände.

Erhöhung der Verkehrssicherheit

Der VCD Bamberg begrüßt die durch die vorgelegte Planung höhere Verkehrssicherheit durch die Verlagerung von Parkplätzen und durch die Schaffung eines neuen Radfahrstreifens in südlicher Richtung.

Die aktuell nur teilweise vorhandene Radverkehrsinfrastruktur im Planungsabschnitt entspricht der Nutzungssituation nicht. In Richtung Innenstadt fehlen Radverkehrsanlagen komplett. Stattdessen müssen sich Radfahrerinnen und Radfahrer unmittelbar in den fließenden motorisierten Individualverkehr einordnen. Durch die in dieser Fahrtrichtung am Fahrbahnrand parkenden Autos besteht die Gefahr des Dooring – also des unachtsamen Öffnens von Fahrzeughüren und daraus folgenden Lebensgefahr für Radfahrerinnen und Radfahrer. Der Planungsabschnitt weist ein hohes Verkehrsaufkommen auf und wird durch viele Kinder und Jugendliche für den Schulweg genutzt. Es bestehen damit im aktuellen Zustand erhebliche Risiken für die Verkehrssicherheit. Die in der Planung

vorgesehene Verlagerung der Parkplätze reduziert die Dooring-Gefahr für den Radverkehr in südlicher Richtung und der neue Radfahrstreifen in südlicher Richtung gibt dem Radverkehr eigenen Raum auf der Fahrbahn. Insgesamt ist damit eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erwarten.

Weiterer Ausbau der Cityroute 8

Der VCD Bamberg begrüßt die Ergänzung der Cityroute 8 durch die vorgelegte Planung.

Der Planungsabschnitt von der Einmündung Trimbergstraße bis zur Marienbrücke wurde bereits im städtischen Mobilitätssenat zur Umsetzung beschlossen. Der Planungsabschnitt Peuntstraße zwischen Egelsee- und Trimbergstraße ist darum eine sinnvolle Fortsetzung dieses Beschlusses und führt im Ergebnis zu durchgängigen Radverkehrsanlagen bis zur Pfisterbrücke. Die Cityroute 8 gehört zum Rückgrat des städtischen Radverkehrsnetzes und ist für viele Radfahrerinnen und Radfahrern eine zentrale Verbindungsachse zwischen Bamberg Ost und der Innenstadt.

Zielerreichung des Verkehrsentwicklungsplans 2030

Der VCD Bamberg begrüßt die durch die vorgelegte Planung zu erwartende Förderung des Radverkehrsanteils und damit den Beitrag zur Zielerreichung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) 2030.

Der Stadtrat hat am 29.11.2017 einstimmig als Ziel für den Verkehrsentwicklungsplan 2030 beschlossen, den Anteil des MIV am Modalsplit zu senken und den Anteil des Umweltverbunds aus ÖPNV, Radverkehr und Fußverkehr zu erhöhen. Für den VEP wurde einen Zielwert von 25% für den MIV und 75% für den Umweltverbund im Jahr 2030 beschlossen. Um dieses Ziel zu erreichen,

müssen die Mobilitätsträger des Umweltverbundes verstärkt gefördert werden. Mittels durchgehender, sicherer und komfortabler Verkehrsführung für den Radverkehr wird nachweislich dessen Attraktivität gesteigert. Mehr Menschen wechseln so für ihre Mobilitätsbedürfnisse vom motorisierten Individualverkehr zum Fahrrad. Wenn beim Ausbau schon nicht die erforderlichen Radwegbreiten erreicht werden können, sollten für eine bessere Verkehrssicherheit begleitende Maßnahmen ergriffen werden, um die parallele Belastung insbesondere durch den MIV auf dieser Strecke zu reduzieren.“

Stellungnahme ADFC:

„der ADFC Bamberg fordert seit vielen Jahren einen Radstreifen in der Peuntstraße. Deshalb begrüßen wir die von Ihnen vorgestellte Planung zur Cityroute 8 ausdrücklich, auch wenn wir die Breite des Radfahrstreifens, vor allem im Einmündungsbereich der Egelseestraße, durchaus kritisch sehen. Wir freuen uns aber dennoch, dass nach jahrelanger Planung und Diskussion endlich eine akzeptable Lösung für eine durchgängige Radverkehrsanlage in der Cityroute 8 gefunden worden ist.

Die Verbindung über die Starkenfeldstraße und den Pfisterberg zur Marienbrücke ist eine der wichtigsten Ost-West-Verbindungen in Bamberg. Sie ist ein wichtiger Schulweg, sowohl für Schülerinnen und Schüler, die die Schulen in Bamberg Ost (Graf-Stauffenberg-Schulen, Eichendorff Gymnasium, berufsbildende Schulen) besuchen, als auch für Kinder und Jugendliche aus Bamberg Ost, die zu den innerstädtischen Schulen gelangen wollen. Trotzdem ist in der Peuntstraße stadteinwärts bisher keine Radverkehrsanlage vorhanden. Dabei ist diese Verbindung leider auch für den motorisierten Individualverkehr (MIV) eine Hauptroute. Dies wird sich durch den Ausbau der Pfisterbergbrücke im Rahmen des Bahnausbaus eher noch verstärken. Deshalb ist die Schaffung einer Radverkehrsanlage umso wichtiger. Obwohl die vorgesehenen Breiten des Radstreifens in weiten Teilen nicht den Regelbreiten der ERA entsprechen, überwiegen aus Sicht des ADFC die Vorteile dieser Planung:

Durch die Verlagerung der Anwohnerparkplätze wird dem Radverkehr der Platz eingeräumt, den man braucht um sicher durch die Peuntstraße zu radeln. Sicher deshalb, da man getrennt von der MIV-Fahrspur radeln kann. Die Verlagerung der Parkplätze ist aus unserer Sicht unumgänglich, da man nur so den Radverkehr vor sog. Dooring-Unfälle schützen kann. Mit der Verlagerung der Parkplätze auf umliegende Straßen, hat man aus unserer Sicht eine akzeptable Lösung für die Anwohnenden gefunden. Mit der erhöhten Sicherheit wird diese Route für den Radverkehr attraktiver, was dazu führen wird, dass der Radverkehrsanteil in Bamberg weiter steigt. Dies ist sowohl im Einklang mit dem VEP, als auch mit den Klimaschutzzielen der Stadt. Durch die durchgehende Radverbindung werden mehr Schülerinnen und Schüler ihren Schulweg auf dem Fahrrad zurücklegen. Diese aktive Mobilität wirkt dem Bewegungsmangel entgegen und verringert Hol- und Bringfahrten mit dem PKW (Elterntaxi). All diese Vorteile stehen in keinem Verhältnis zu den Nachteilen der Anwohnenden, die dadurch zukünftig wenige hundert Meter zu ihrem Anwohnerstellplatz gehen müssen, zudem können auch sie die Vorteile dieser neuen Radinfrastruktur nutzen. Wenn durch diese Maßnahme der MIV zugunsten des Radverkehrs abnimmt, profitieren auch die Anwohnenden durch bessere Luft und weniger Verkehrslärm.“

Stellungnahme Bürgerinitiative Bamberg.Gemeinsam.Mobil:

„vielen Dank für die Einbeziehung unserer Bürgerinitiative Bamberg.Gemeinsam.Mobil in die Planungen für diesen wichtigen Bauabschnitt.

Wir halten die Planungen für einen Radfahrstreifen in diesem Bereich für dringend erforderlich und danken Ihnen sehr für die Übermittlung der bisherigen Planungen.

1. Die Verlegung der Bushaltestellen begrüßen wir.

So wird es auch zu weniger Rückstau im Bereich der Kreuzung Nürnberger Straße/Pfisterstraße/Peuntstraße kommen. Wichtig wäre, dass diese Bushaltestellen bei Neukonzipierung barrierefrei eingerichtet werden.

2. Der Verlegung der Parkplätze können wir jedoch in dieser Form auf keinen Fall zustimmen.

Zwar fallen quantitativ keine Anwohnerparkplätze weg - jedoch werden die Parkplätze in diesem Wohngebiet trotzdem deutlich reduziert, weil es nur zu einer Umwandlung von zeitlich begrenzten Parkplätzen kommt.

Durch das Finanzamt und die Berufsschule kommt es in diesem Gebiet seit Jahren zu erhöhtem Parksuchverkehr - dieser würde sich so noch weiter steigern. Außerdem sind die Gewerbetreibenden (z.B. Apotheke, Gastronomie etc.) auf Parkmöglichkeiten in der Nähe angewiesen.

3. Wir schlagen deshalb alternativ die Einrichtung einer Quartiersgarage vor.

Diese kann auf dem bestehenden Parkplatz des Finanzamts in Kooperation entstehen. Die Fläche könnte durch ein mehrstöckiges Parkdeck sinnvoll erweitert werden und durch die Einrichtung und den Betrieb von E-Ladesäulen bietet sich samt Fördermöglichkeiten eine Gegenfinanzierung an.

Die Nutzung des Parkhauses kann dann gemeinsam mit dem Finanzamt erfolgen, da es hier zu wenig Überschneidungen bei der Nutzungszeit kommen dürfte. Zudem gibt es sicherlich viele Anwohner, die für einen festen Parkplatz in diesem Gebiet bezahlen würden, womit ein weiterer Baustein der Gegenfinanzierung gegeben wäre.

Wir bitten Sie daher, diese Möglichkeit ausführlich zu prüfen. Es darf nicht zu einem quantitativen Wegfall von Parkplätzen kommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anmerkungen aufgenommen und bei der Planung entsprechend berücksichtigt werden könnten.“

Stellungnahme Finanzamt

„die Anpassung der Uhrzeit auf 07.00 Uhr für die 14 Parkplätze ist aus den bekannten Gründen leider nicht möglich. Zudem hat sich die Parkplatzsituation durch höhere Einstellungszahlen bei den Auszubildenden im Jahr 2020 weiter verschärft.

Ich bitte daher auch in diesem Punkt um Ihr Verständnis, dass die Parkplätze von Montag bis Freitag spätestens ab 05.45 Uhr für die Beschäftigten des Finanzamts frei sein müssen.“

Die ursprüngliche **Stellungnahme des Finanzamts** lautet wie folgt:

„die Anzahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich einschließlich der Auszubildenden derzeit auf 313 Personen, von denen 250 Beschäftigte Pendler sind.

Im Vergleich dazu stehen auf unserem Gelände leider nur 90 Stellplätze zur Verfügung. Davon wiederum sind 20 Parkplätze für junge Mütter und Väter reserviert, die vor Dienstbeginn ihre Kinder erst zum Kindergarten, Hort oder Kita bringen müssen. Es stehen uns somit lediglich 70 Stellplätze für 230 Beschäftigte zur Verfügung.

Kollegen und Kolleginnen haben deshalb teilweise sogar außerhalb von privat Parkplätze angemietet. Eine Öffnung der Parkplätze im Hof ist aus verschiedenen Gründen leider nicht möglich. Als ein Beispiel möchten wir die Erfahrungen anführen, die wir in den Jahren gemacht haben, als die Hofeinfahrt noch nicht beschränkt war. Anwohner haben die Parkplätze am Wochenende genutzt, jedoch montags nicht rechtzeitig oder viel zu spät wieder geräumt, sodass viele Beschäftigte bei Dienstbeginn keinen Parkplatz hatten. Teilweise waren sogar auch die vorgenannten reservierten Plätze noch belegt. Außerhalb gibt es aufgrund der bereits jetzt großen Anzahl von Anwohnerparkplätzen nur die Möglichkeit von Kurzzeitparkplätzen oder weiter entfernten freien Parkplätzen.

Wir bitten daher in diesem Punkt um Ihr Verständnis.

Allerdings können wir 14 Parkplätze oberhalb des Hofes (Gabelsberger Str.) zur Nutzung am Wochenende bzw. Wochentags nach Geschäftsschluss anbieten bzw. werden diese bereits teilweise von den Anwohnern genutzt. Jedoch muss natürlich auch hier gewährleistet sein, dass die Parkplätze an den Wochentagen von Montag bis Freitag jeweils spätestens um 05.45 Uhr wieder geräumt und für die Beschäftigten des Finanzamts frei sind.“

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT BAMBERG

Bezirkstagsvizepräsident

STADT BAMBERG Postfach 11 03 23 96031 Bamberg

Staatliche Berufsschule II
Frau Oberstudiendirektorin
Ruth Bankmann
Dr.-von-Schmitt-Straße 12
96050 Bamberg



Ihr Ansprechpartner:
Carolin Seyfert
Büro Zweiter Bürgermeister
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg
Telefon 0951 87-1401
Telefax 0951 87-1910
carolin.seyfert@
stadt.bamberg.de

oberbuergermeister@
stadt.bamberg.de
www.bamberg.de

04.05.2021/St/Glü

Sehr geehrte Frau Bankmann,

auf Grund des zunehmenden Parkdrucks für Anwohnerinnen und Anwohner in der Stadt bin ich mit dem Herrn Landrat Kalb grundsätzlich übereingekommen, dass wir die Gelände der Schulen im Zweckverband in den Abend- und Nachtzeiten für Anwohnerparken zur Verfügung stellen wollen.

Es ist vorgesehen, dass wir Zugangsmöglichkeiten für Anwohnende zwischen 18:00 Uhr am Abend und 7:00 Uhr in der Früh schaffen. Selbstverständlich muss gewährleistet sein, dass der Schulbetrieb hierdurch nicht gestört wird. Wir werden die Öffnung deshalb durch starke Kontrollen des Parküberwachungsdienstes flankieren, insbesondere damit der Parkraum am Morgen wieder freigegeben ist. Des Weiteren sage ich zu, dass wir die Maßnahme nach einem halben Jahr evaluieren werden um festzustellen, ob die Abläufe an den Schulen durch die Öffnung gestört worden sind: Deswegen soll die Regelung zunächst probeweise gelten

Zur Absprache des genauen Ablaufs in den kommenden Monaten wird sich das Straßenverkehrsamt der Stadt Bamberg mit Ihnen in Kontakt setzen. Für Nachfragen steht Ihnen Herr Bellé im Amt für Verkehrsplanung der Stadt Bamberg zur Verfügung (Kontakt: Tel. 87-1653, wolfram.belle@stadt.bamberg.de).

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Starke
Oberbürgermeister

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT BAMBERG

Bezirkstagsvizepräsident

STADT BAMBERG Postfach 11 03 23 96031 Bamberg

Staatliche Berufsschule III
Herrn Oberstudiendirektor
Pankraz Männlein
Dr.-von-Schmitt-Straße 12
96050 Bamberg



Ihr Ansprechpartner:
Carolin Seyfert
Büro Zweiter Bürgermeis-
ter
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg
Telefon 0951 87-1401
Telefax 0951 87-1910
carolin.seyfert@
stadt.bamberg.de

oberbuergermeister@
stadt.bamberg.de
www.bamberg.de

04.05.2021/St/Glü

Sehr geehrter Herr Männlein,

auf Grund des zunehmenden Parkdrucks für Anwohnerinnen und Anwohner in der Stadt bin ich mit dem Herrn Landrat Kalb grundsätzlich übereingekommen, dass wir die Gelände der Schulen im Zweckverband in den Abend- und Nachtzeiten für Anwohnerparken zur Verfügung stellen wollen.

Es ist vorgesehen, dass wir Zugangsmöglichkeiten für Anwohnende zwischen 18:00 Uhr am Abend und 7:00 Uhr in der Früh schaffen. Selbstverständlich muss gewährleistet sein, dass der Schulbetrieb hierdurch nicht gestört wird. Wir werden die Öffnung deshalb durch starke Kontrollen des Parküberwachungsdienstes flankieren, insbesondere damit der Parkraum am Morgen wieder freigegeben ist. Des Weiteren sage ich zu, dass wir die Maßnahme nach einem halben Jahr evaluieren werden um festzustellen, ob die Abläufe an den Schulen durch die Öffnung gestört worden sind: Deswegen soll die Regelung zunächst probeweise gelten

Zur Absprache des genauen Ablaufs in den kommenden Monaten wird sich das Straßenverkehrsamt der Stadt Bamberg mit Ihnen in Kontakt setzen. Für Nachfragen steht Ihnen Herr Bellé im Amt für Verkehrsplanung der Stadt Bamberg zur Verfügung (Kontakt: Tel. 87-1653, wolfram.belle@stadt.bamberg.de).

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Starke
Oberbürgermeister